



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses 04/2008-2013 am 15.12.2008 im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 21.55 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender	Horst Ostwald
Ausschussmitglied	Wilhelm Dahmen
„	Henry Danielski
„	Wolfgang Dick
„	Henning Jungclaus
„	Uwe Köhlmann-Thater
„	Andreas Lemke
„	Jens Müller
„	Siegfried Ramcke
„	Joachim Süme
stellv. Ausschussmitglied	Rudi Hennecke (für AM Klaus Kasch)
Ausschussmitglied	Hans-Joachim Rösel -ohne Stimmrecht-
ferner	Bürgervorsteher Carsten Schäfer
	Mitglieder des Seniorenbeirates
seitens der Gemeindeverwaltung	1. stellv. Bürgermeister Karin Honerlah Jens Richter Manja Biel Inna Busch Volker Duda Christian Herzbach Rolf Gramckow (bis 19.40 Uhr) Marina Schrader als Protokollführerin
entschuldigt fehlt	Ausschussmitglied Klaus Kasch

Herr Ostwald eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Seitens der Verwaltung liegen zwei Tischvorlagen,

- „Energiesparkonzept – Einstellung eines Energiebeauftragten“ und
- „Grundstücksangelegenheiten/Gewerbeflächenentwicklung“ –nichtöffentlich- vor. Herr Ostwald schlägt vor die Vorlage zur Erstellung eines Energieeinsparkonzeptes unter dem Tagesordnungspunkt 7 zu beraten. Bei der zweiten Vorlage handelt es sich um eine nichtöffentliche Vorlage. Diese wird im Anschluss an den öffentlichen Teil beraten.

Es ergibt sich somit folgende Tagesordnung:



Tagesordnung:

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses 02/2008-2013 am 10.11.2008**
- 3. Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses 03/2008-2013 am 18.11.2008**
- 4. Berichtswesen**
 - **Bericht Nr. 04/21/2008**
„Erteilung gemeindliches Einvernehmen gem. § 36 BauGB“
- 5. Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Schulstraße im Bereich der Grundschule Ulzburg**
hier: Antrag der WHU-Fraktion vom 13.10.2008
- 6. Grünpflege und Knickschutz**
Antrag der WHU-Fraktion vom 25.10.2008
- 7a. Förderprogramm zur energetischen Aufwertung des Gebäudebestandes in Alt-Baugebieten**
hier: Antrag der WHU-Fraktion vom 26.10.2008
- 7b. Energiesparkonzept – Einstellung eines Energiebeauftragten**
- 8. Verlängerung der Straße „Am Bahnbogen“**
hier: Antrag der WHU-Fraktion vom 08.08.2008
- 9. Bebauungsplan Nr. 115 „Südlich Schulstraße – westlich Wismarer Straße“**
 - 1. Änderung (Doppelhäuser / Außengestaltung)“**
 - Aufstellungsbeschluss -
 - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -
- 10. Verbesserung des ÖPNV in Henstedt-Ulzburg**
hier: Antrag der WHU-Fraktion vom 25.11.2008
- 11. Erweiterung bzw. Verbesserung der Fahrradunterstände an der AKN-Station Meeschensee**
hier: Antrag der WHU-Fraktion vom 02.12.2008
- 12. Einschränkung zusätzlicher Discounter in Henstedt-Ulzburg**
hier: Antrag der WHU-Fraktion vom 02.12.2008
- 13. Bau- und Vorbescheidsanträge, die von den Festsetzungen der Bebauungspläne abweichen (Befreiungen, Ausnahmen, usw.)**
 - werden in der Sitzung vorgetragen -
- 14. Unterrichtungen / Anfragen**
- 15. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 16. Grundstücksangelegenheiten/Gewerbeflächenentwicklung**
-nichtöffentlich-

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“



Herr Edgar Olaf Johannsen, Heinrich-Sebelien-Straße 2, erkundigt sich, zum Thema „alter Lidl-Markt“ im Kirchweg:

1. welche Nutzung auf der gegebenen Verkaufsfläche von 830 m² betrieben werden darf,
2. welche Gebäudenutzung zurzeit gültig ist,
3. welcher Bestandschutz für die Immobilie besteht und
4. ob der Gemeindeverwaltung bekannt ist, dass mit Datum vom 03.09.2008 eine Nutzungsänderung für Tierbedarf beantragt wurde.

Herr Duda erläutert die Festsetzung des Bebauungsplanes Nr. 59 „Gewerbegebiet Ulzburg - Kirchweg/Gutenbergstraße“, 7. Änderung. Er geht weiterhin auf die besondere Situation durch das Gerichtsurteil des Bundesverwaltungsgerichtes zur Unzulässigkeit von baugebietsbezogenen, vorhabenunabhängigen Festsetzungen von Verkaufsflächenobergrenzen zur Steuerung des Einzelhandels in einem Sondergebiet ein.

Zurzeit ist eine Nutzung als Lebensmittelmarkt mit der genehmigten Verkaufsfläche möglich. Das Gebäude selbst besitzt Bestandschutz. Eine neue langfristige Nutzung muss durch die untere Bauaufsichtsbehörde genehmigt werden.

Herr Duda erklärt weiterhin, dass der Nutzungsänderungsantrag bekannt ist.

Herr Johannsen bittet um eine schriftliche Beantwortung seiner Fragen.

Herr Kay Balschuhn, Kirchweg 38, erläutert, dass die derzeitige Situation im Baustellenbereich des Kirchweges sehr unglücklich ist. Da die Baustelle zurzeit für den Durchgangsverkehr geöffnet ist, nutzen die Fußgänger und die Autofahrer die Straße, obwohl keine Bürgersteige mehr vorhanden sind.

Herr Duda erläutert, dass die Bauarbeiten nach den Feiertagen fortgesetzt werden. Es ist zu prüfen, wie dieses Problem bis dahin gelöst werden kann.

Anmerkung der Verwaltung

Der Kirchweg wurde wieder vollständig gesperrt.

Herr Ortwin Pawel, Tannenweg 43 b, erkundigt sich nach dem Verlauf der geplanten Lärmschutzwand. Auf Herrn Ostwalds Erklärung hin, macht er die Ausschussmitglieder auf die mögliche Bildung eines Lärmkorridors auf der Höhe des Tannenweges aufmerksam.

Herr Ostwald sagt eine Überprüfung zu.

Herr Manuel Corral, Beckershof 11 a, schildert die Situation der Anwohner an der Straße Beckershof, insbesondere der Fußgänger. Die Autofahrer sollen hier mit überhöhter Geschwindigkeit durch die Straße fahren. Insbesondere ist bereits frühmorgens Schwerlastverkehr unterwegs. Dies ist besonders für die Kinder gefährlich, da es an der Straße keinen Bürgersteig und keine Beleuchtung gibt sondern nur einen Randstreifen, auf den aber die Autos bei entgegenkommendem Verkehr ausweichen. Des Weiteren müssen die Fußgänger und Radfahrer, wenn sie die Bahnschienen überqueren wollen, den Straßenbereich nutzen.



Herr Ostwald sagt zu, dass er kurzfristig eine Antwort von der Verwaltung erhalten wird.

Frau Elke Golder, Im Forst 43, geht auf das Thema der Lärmschutzwand an der Schleswig-Holstein-Straße ein. Sie erkundigt sich, wem der Grünstreifen hinter Ihrem Grundstück gehört.

Herr Ostwald vermutet, dass dieser Streifen zur Straße und somit dem Straßenbaulastträger gehört.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Grünstreifen befindet sich im Eigentum des Straßenbaulastträgers.

Frau Golder fragt weiter, ob es für den Bau von Lärmschutzwänden Fördermittel der EU gibt.

Herr Ostwald antwortet, dass es hierfür keine Fördermittel von Seiten der EU gibt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

**„Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses
02/2003-2008 am 10.11.2008“**

Seitens der Ausschussmitglieder werden zu der Niederschrift keine Einwände erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

**„Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses
03/2003-2008 am 18.11.2008“**

Herr Ramcke merkt an, dass er an der Sitzung teilgenommen hat. Er bittet dies zu korrigieren.

Weitere Einwände werden nicht erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Berichtswesen“

- **Bericht Nr. 04/21/2008**

„Erteilung gemeindliches Einvernehmen gem. § 36 BauGB“

Zum Berichtswesen werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Schulstraße im Bereich der Grundschule Ulzburg“



hier: Antrag der WHU-Fraktion vom 13.10.2008“

Den Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses ist eine Beratungsvorlage zugegangen.

Die CDU-Fraktion spricht sich für die Umbaumaßnahmen in der Schulstraße aus. Jedoch hält sie es für sinnvoller, mit den Maßnahmen zu warten, bis der Schulbusverkehr eingestellt und der Kindergarten eingerichtet wurde, damit die Bushaltestelle in die Umbaumaßnahmen miteinbezogen werden kann. Herr Danielski bittet darum, dass die Schulbusse die Warnblinkanlage an der Bushaltestelle einschalten.

Herr Köhlmann-Thater erläutert kurz den Antrag der WHU-Fraktion. Er sieht keinen Grund mit den Umbaumaßnahmen bis zum Herbst 2009 zu warten.

Er erkundigt sich nach der Anfrage aus dem Jugend- und Kulturausschuss. Hier war der Vorschlag, dass das Grundstück zwischen der Grundschule und dem DRK zurückerworben und ein Parkplatz eingerichtet wird.

Herr Köhlmann-Thater macht darauf aufmerksam, dass die Einschaltung des Warnblinklichts an den Bushaltestellen bereits in der Ausschusssitzung am 03.12.2007 beraten und wieder verworfen wurde.

Herr Müller stellt den Antrag, die Beratung in die Fraktionen zu geben. Der von Herrn Danielski erarbeitete Lösungsvorschlag wird dann an die Fraktionen verteilt, damit hierüber beraten werden kann.

Diesem stimmen alle Ausschussmitglieder zu.

Herr Ostwald teilt auf Frau von Bressensdorfs Äußerung mit, dass die Verwaltung die Möglichkeit der Warnblinkanlage nochmals überprüfen wird.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: „Grünpflege und Knickschutz Antrag der WHU-Fraktion vom 25.10.2008“

Den Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses ist eine Beratungsvorlage zugegangen, die von Herrn Lemke erläutert wird.

Herr Müller hält es für sinnvoller, den Bürgern über die Presse und auf der Internetseite der Gemeinde Informationen zum Knickschutz zukommen zu lassen. Dies wirke dann nicht belehrend und sei günstiger als die Broschüren des NABU an alle Haushalte zu versenden.

Herr Gramckow erläutert den Aufwand, der mit dem Versand der Broschüren verbunden ist. Dem Vorschlag von Herrn Müller hält er aus den vorab genannten Gründen für sinnvoll. Er schlägt jedoch vor, die Informationen erst zum Frühjahr herauszugeben.

Herr Lemke empfiehlt, einen Hinweis auf die Broschüre mit den Grundsteuerbescheiden zu versenden.



Herr Richter teilt mit, dass dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist.

Anmerkung der Verwaltung:

Mit der Firma TNT wurde ein gesonderter Vertrag für das Eintüten und Zustellen der Grundsteuerbescheide ausgehandelt. Wenn ein zusätzliches Informationsblatt versandt werden soll, müsste dies neu verhandelt werden und es entstehen Mehrkosten.

Des Weiteren erhalten die Grundsteuerbescheide auch viele Eigentumswohnungsbesitzer, die von der Knickpflege nicht betroffen sind.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Informationen an die Bürger zur Grün- und Knickpflege auf der Internetseite und in der Presse im Frühjahr 2009 herauszugeben. Die Broschüren des NABU sollen in der Verwaltung ausgelegt werden.

Des Weiteren soll die Verwaltung prüfen, ob ein Hinweis auf diese Broschüre mit den Grundsteuerbescheiden für das Jahr 2009 versandt werden kann.

Beschlussfassung:

einstimmig

Zu Punkt 7a der Tagesordnung:

„Förderprogramm zur energetischen Aufwertung des Gebäudebestandes in Alt-Baugebieten

hier: Antrag der WHU-Fraktion vom 26.10.2008“

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt den Ausschussmitgliedern eine Sitzungsvorlage und eine Ergänzungsvorlage der CDU-Fraktion vor.

Der Antrag der WHU-Fraktion wird von Herrn Lemke erläutert.

Herr Müller schließt sich der Meinung der WHU-Fraktion an. Aufgrund der Haushaltslage hat die CDU-Fraktion einen Ergänzungsantrag gestellt. Diesen erläutert er kurz, indem er von der Möglichkeit berichtet, gesponserte Informationsbroschüren über die Förderprogramme des Bundes zu verteilen.

Herr Süme verweist auf den Zinszuschuss im Rahmen des Wohnraumförderungsprogramms der Gemeinde. Er hält dies als Zusatz zu den Förderungen des Bundes für ausreichend. Er erkundigt sich, wie von der WHU-Fraktion geforderte Fond von 200.000 € finanziert werden soll.

Herr Köhlmann-Thater hält eine Förderung beim Kauf einer Immobilie nicht für ausreichend. Es müssen auch die Eigentümer älterer Wohngebäude berücksichtigt werden, die Ihre Immobilie verkaufen oder einfach nur isolieren möchten. Weiterhin äußert er, dass der Antrag der WHU-Fraktion und der Pressebericht vor dem Bekanntwerden der aktuellen Haushaltslage erfolgt sind.

Herr Ostwald bittet darum, mit der Beratung über den Antrag zu warten, bis der Energiebeauftragte eingestellt ist, um evtl. ein entsprechendes Programm zu erarbeiten.



Frau Honerlah bittet die Verwaltung, die Möglichkeit einer Finanzierbarkeit des Förderprogramms für das Haushaltsjahr 2010 zu prüfen.

Herr Ostwald schlägt vor, über die Tischvorlage der Verwaltung zu beraten.

Zu Punkt 7b der Tagesordnung:

„Energiesparkonzept – Einstellung eines Energiebeauftragten“

Frau Biel erläutert die Tischvorlage der Verwaltung. Hierbei geht sie auf die Dringlichkeit der Entscheidung bezüglich der Förderung des Energieeinsparkonzeptes und des Energiebeauftragten ein.

Herr Köhlmann-Thater beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wird von 19.38 bis 19.50 Uhr unterbrochen.

Hierauf zieht Herr Köhlmann-Thater vorerst den Antrag der WHU-Fraktion zurück.

Die CDU-Fraktion spricht sich für die Variante a im Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Die WHU-Fraktion besteht weiterhin auf eine interne Einstellung eines Energiebeauftragten, der das Energieeinsparkonzept erarbeiten soll.

Die SPD-Fraktion, stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu. Herr Ostwald betont jedoch, dass dies nur für die Erstellung des Energieeinsparkonzeptes gilt. Sie bestehen weiterhin auf eine Einstellung eines Energiebeauftragten.

Herr Ostwald stellt den Beschlussvorschlag a der Verwaltungsvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt, den Energiebeauftragten (im Stellenplan 2009 berücksichtigt) abhängig von im Rahmen der Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministerium erteilten Fördermittelzusagen einzustellen. Sofern eine verwaltungsinterne Projektbegleitung durch einen externen Dienstleister in Rahmen der Klimaschutzinitiative förderungsfähig ist, ist die Erstellung des Gesamtkonzeptes zur Energieeinsparung nebst hausinterner Betreuung (88.179,00 €) zu beauftragen.

Ein Energiebeauftragter ist zur Umsetzung des Konzeptes zum 01.01.2010 einzustellen. Der entsprechende Folgeantrag zur Inanspruchnahme von Fördermitteln zur Einstellung neuen Personals zur Umsetzung des Energieeinsparkonzeptes ist vorzubereiten.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss wird gebeten, die seitens der Verwaltung für die Konzepterstellung anteilig zu tragenden Kosten i.H.v. 17.635,80 bereitzustellen.



**sowie
abgelehnt.**

1 Enthaltung (Herr Dahmen)

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

„Bebauungsplan Nr. 115 „Südlich Schulstraße – westlich Wismarer Straße“

1. Änderung (Doppelhäuser / Außengestaltung)“

- Aufstellungsbeschluss -**
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -“**

Den Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses ist eine Sitzungsvorlage zugegangen, die von Herrn Duda erläutert wird. Er schlägt gleichzeitig vor, im Aufstellungsbeschluss „die Änderung der gestalterischen Festsetzungen“ zu streichen.

Die CDU-Fraktion spricht sich dafür aus, nur für die Bauplätze 15, 17, 19 und 67 die Doppelhausbebauung zu ermöglichen.

Die WHU-Fraktion schließt sich diesem an, jedoch soll die Möglichkeit für die Bauplätze Nr. 13-19 gelten.

Die SPD-Fraktion schließt sich der Meinung der WHU-Fraktion an.

Beschluss:

- 1. Für das Gebiet - südlich der Schulstraße - westlich der Wedentwiete in Verlängerung der Wismarer Straße - östlich der Gemeindegebietsgrenze - wird die 1. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 115 „Südlich Schulstraße - Westlich Wismarer Straße“ (Doppelhäuser / Außengestaltung) aufgestellt.**

Das Verfahren wird nach § 13a Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren durchgeführt.

Es werden folgende Planungsziele angestrebt:

- die Erweiterung der Festsetzung Doppelhausbebauung für die Bauplätze Nr. 13-19**
- die Änderung von Baufenstern**

- 2. Die Ausarbeitung der Planentwürfe erfolgt durch die Verwaltung.**
- 3. Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 3 Satz 1 BauGB wird von der Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und von der Aufstellung eines Umweltberichts nach § 2a BauGB abgesehen.**
- 4. Der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Hierbei sind die Vorschriften des § 13a Abs. 3 BauGB zu berücksichtigen.**



5. Die Entwürfe der 1. (vereinfachten) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 115 „Südlich Schulstraße - Westlich Wismarer Straße“ (Doppelhäuser / Außengestaltung) für das Gebiet - südlich der Schulstraße - westlich der Wedentwiete in Verlängerung der Wismarer Straße - östlich der Gemeindegebietsgrenze -, und der Begründung dazu, werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
6. Die Entwürfe der Planung und der Begründung sind gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 2+3 BauGB öffentlich auszulegen; es gilt die Hinweispflicht nach § 3 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 BauGB. Die nach § 4 Abs. 2 BauGB Beteiligten sind von der Auslegung zu benachrichtigen.
7. Für diese Bebauungsplanänderung sind gemäß § 4 Abs. 2 Satz 1 BauGB die Stellungnahmen der Behörden einzuholen. Der Planentwurf ist gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit den betroffenen Nachbargemeinden abzustimmen.
8. Die Verfahrensschritte zur Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 2 Satz 1 BauGB) und die öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB) sind nach § 4a Abs. 2 Satz 1 BauGB gleichzeitig durchzuführen.

Beschluss:

10 Stimmen dafür
1 Stimme dagegen (Herr Dick)

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

„Verbesserung des ÖPNV in Henstedt-Ulzburg
hier: Antrag der WHU-Fraktion vom 25.11.2008“

Den Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses ist eine Sitzungsvorlage zugegangen. Herr Dick erläutert den Antrag der WHU-Fraktion. Fragen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Die SVG wird beauftragt, die Verbesserungsmöglichkeiten des Busverkehrs in Henstedt-Ulzburg zu untersuchen und ein Konzept zu entwickeln, mit dem insbesondere folgende Ziele erreicht werden können:

1. Anbindung des Bahnhofes Meeschensee
2. Taktzeitverbesserung in der Wilstedter Straße



3. Ohne Umsteigen sind die Ortsteile Ulzburg, Ulzburg-Süd, Henstedt und Henstedt-Rhen sowie der Gewerbepark Nord erreichbar.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

„Erweiterung bzw. Verbesserung der Fahrradunterstände an der AKN-Station Meeschensee

hier: Antrag der WHU-Fraktion vom 02.12.2008“

Den Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses ist eine Sitzungsvorlage zugegangen. Herr Dick erläutert den Antrag der WHU-Fraktion.

Herr Hennecke führt an, dass dies auch die anderen AKN-Bahnhöfe in Henstedt-Ulzburg betrifft. Es wäre daher sinnvoll ein Konzept für alle Bahnhöfe zu erarbeiten.

Herr Süme spricht sich für eine Erweiterung der Fahrradstände am AKN-Bahnhof Meeschensee aus, wenn die Stadt Norderstedt hierfür finanziell aufkommt. Der Bahnhof liegt auf Norderstedter Gebiet.

Herr Sievers merkt an, dass die Stadt Quickborn und die Gemeinde sich an der Finanzierung wahrscheinlich beteiligen müssen, da sie die Hauptnutzer des AKN-Haltespunktes sind.

Frau Lessing beantragt, dass auch die PKW-Stellplätze berücksichtigt werden sollten.

Herr Ostwald schlägt vor, den Beschlussvorschlag der WHU-Fraktion um die anderen AKN-Bahnhöfe zu erweitern und stellt den folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt Kontakt mit den entsprechenden Verkehrsgesellschaften aufzunehmen, um ein Konzept für die Erweiterung der Fahrradstellplätze zu erarbeiten.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

„Einschränkung zusätzlicher Discounter in Henstedt-Ulzburg

hier: Antrag der WHU-Fraktion vom 02.12.2008“

Den Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses ist eine Sitzungsvorlage zugegangen. Herr Lemke erläutert den Antrag der WHU-Fraktion.

Herr Duda erläutert, dass die Ansiedlung von Discountgeschäften davon abhängig ist, ob es sich um den sogenannten Innenbereich nach § 34 BauGB handelt oder ob das Gebiet durch einen Bebauungsplan überplant ist. Um eine Ansiedlung von unge-



wünschten Discountern zu verhindern, muss gegebenenfalls entweder der Bebauungsplan entsprechend geändert oder ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Er erläutert kurz die damit verbundene Arbeit.

Herr Süme schlägt vor, die möglichen Standorte zu ermitteln und dann entsprechend die Bebauungspläne an den Bedarf anzupassen. Er erkundigt sich, welcher Aufwand hiermit verbunden ist.

Herr Duda antwortet, dass er bis zur Februarsitzung des Umwelt- und Planungsausschusses eine entsprechende Liste vorlegen kann.

Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, eine Liste mit den möglichen Ansiedlungsorten von Discountern in Henstedt-Ulzburg zu erarbeiten.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt der Tagesordnung:

„Bau- und Vorbescheidsanträge, die von den Festsetzungen der Bebauungspläne abweichen (Befreiungen, Ausnahmen, usw.)“

- werden in der Sitzung vorgetragen -

Herr Duda berichtet von einem Gewerbebetrieb, der sich an der Emmy-Noether-Straße ansiedeln möchte. Um das Grundstück auch für eine später geplante Erweiterung optimal ausnutzen zu können, bittet dieser auf einer Länge von 13,86 m das Baufenster um 2 m zu überschreiten. Die an das Grundstück angrenzende Knickanlage wird nicht beeinträchtigt. Die Gesamtlänge des Gebäudes beträgt 43,86 m.

Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Überschreitung zu.

Zu Punkt der Tagesordnung:

„Unterrichtungen / Anfragen“

a) Bebauungsplan Nr. 59 „Gewerbegebiet Ulzburg – Kirchweg/Gutenbergstraße“, 12. Änderung

Herr Duda berichtet, dass sich der Eigentümer des Gewerbeparks aufgrund des Antrages in der letzten Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses gemeldet hat. Er berichtet kurz von den geplanten Investitionen und deren Zeitablauf.

Herr Ostwald schlägt vor, hierüber in der nächsten Sitzung zu beraten.

b) Bauvoranfrage ehemaliger toom-Baumarkt

Herr Duda berichtet, dass für den ehemaligen toom-Baumarkt eine Bauvoranfrage zur Änderung der Fläche in mehrere Einzelhandelsgeschäfte vorliegt. Diese Anfrage wurde von der unteren Bauaufsichtsbehörde abgelehnt.

Um eine entsprechende Nutzungsänderung vornehmen zu können, ist die Änderung des Flächennutzungs- und des Bebauungsplanes notwendig.



Herr Ostwald und Herr Köhlmann-Thater sprechen sich gegen eine solche Nutzungsänderung aus.

Herr Süme bittet um mehr Informationen.

Über diese Anfrage wird in der Januarsitzung des Ausschusses beraten werden.

c) Einbahnstraßenregelung in der Falkenstraße

Herr Herzbach erläutert kurz, dass durch die Busanbindung an den AKN-Bahnhof Ulzburg-Süd die Falkenstraße in eine Einbahnstraße umgewandelt werden muss.

Herr Ostwald bittet darum, hierüber in der nächsten Sitzung zu beraten.

d) Spielhalle Heinrich-Sebelien-Straße

Herr Duda informiert, dass für das Grundstück Heinrich-Sebelien-Straße 2 eine Anfrage für die Nutzungsänderung in eine Spielhalle vorliegt.

Dieser Punkt soll in der nächsten Ausschusssitzung beraten werden.

e) Sporthalle Ulzburg-Süd

Herr Herzbach berichtet von der Anfrage von Herrn Sievers bezüglich der Sporthalennutzung der Grundschule Ulzburg-Süd.

Es ist geplant die Sporthalle täglich ab nachmittags für den Vereinssport zu nutzen. Bis zur 51. Kalenderwoche sind jedoch noch organisatorische Dinge zu regeln. Die Nutzung soll mit den ersten beiden Gruppen nach Absprache mit dem Großverein am 08.01.2009 beginnen.

f) Schülerbeförderung

Herr Herzbach teilt das Prüfungsergebnis der Südholstein Verkehrsgesellschaft mbh zur geforderten Umstellung der Schülerbeförderung mit.

Der Vermerk ist der Anlage beigelegt.

g) Erschließung der Straße „Ericaweg“ im Bebauungsplangebiet Nr. 98 „Schule Rhen - Schäferkampsweg“

Herr Herzbach berichtet, dass für dieses Gebiet ein Erschließungsträger gefunden wurde und hierüber ein Erschließungsvertrag abgeschlossen werden soll.

h) Erschließung der Straße „Am Knick“ im Bebauungsplangebiet Nr. 77 „Kruhnskoppel“

Herr Herzbach informiert, dass auch hier ein Erschließungsträger gefunden wurde und hierüber ein Erschließungsvertrag abgeschlossen werden soll.

i) Bauleitplanung der Nachbargemeinde Stadt Norderstedt hier: Bebauungsplan Nr. 280 „Garstedter Dreieck West“

Herr Herzbach berichtet, dass die Belange der Gemeinde nicht berührt werden.

j) Bauleitplanung der Nachbargemeinde Alveslohe

hier: 4. Änderung des Flächennutzungsplanes „Sonstiges Sondergebiet Golfhotel Gut Kaden“



Herr Herzbach schildert von der Abwägung der von der Gemeinde Henstedt-Ulzburg eingebrachten Bedenken.

Herr Süme erkundigt sich, welche Möglichkeiten die Gemeinde hat, gegen dieses Vorhaben anzugehen.

Herr Duda erläutert, dass für die Realisierung des Vorhabens ein dreistufiges Verfahren notwendig ist. Als erstes muss der Landesentwicklungsplan, dann der Flächennutzungsplan und der Bebauungsplan geändert werden. Da das Innenministerium bereits die Ausnahme vom Landesentwicklungsplan zugestimmt hat, sieht er keine Möglichkeiten mehr den Hotelbau zu verhindern.

k) KFZ-Werkstatt im ehemaligen Milchbetrieb Am Endern

Herr Ramcke berichtet, dass an der Straße Am Endern ein ehemaliger Milchbetrieb in eine Werkstatt für Lastwagen umgewandelt wurde. Er erkundigt sich, ob eine solche Nutzung möglich ist und weist darauf hin, dass die Lastwagen über Wege fahren, die hierfür nicht ausgelegt sind.

Anmerkung der Verwaltung:

Die geänderte Nutzung wurde zur Überprüfung an die untere Bauaufsichtsbehörde des Kreises Segeberg weitergeleitet.

l) Biokraftwerk

Herr Ramcke erkundigt sich, ob das Biokraftwerk einen Konzessionsvertrag mit der Gemeinde besitzt und wann dieser umgesetzt werden soll.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Gemeinde Henstedt-Ulzburg vergibt keine Konzessionen für die Erzeugung von Biogas bzw. Strom aus Biogasanlagen. Der von der Anlage in Götzberg produzierte Strom wird in das Netz der E.ON Hanse eingespeist und vom Energieanbieter auch bezahlt. Die bei der Erzeugung von Biogas und Strom anfallende Wärme wird zu Teilen an einen landwirtschaftlichen Viehbetrieb zu anderen Teilen an eine Gärtnerei und für den Betrieb der eigenen Anlage verwendet. Konzessionsabgaben an die Gemeinde fallen nicht an.

m) Schweinemastbetrieb

Herr Ramcke berichtet, dass sich auf Höhe der Straßen Bleeken und Wohldweg ein Schweinemastbetrieb befindet. Er erkundigt sich, ob die erforderlichen Immissionskreise eingehalten werden.

Herr Duda erläutert, dass es in diesem Bereich keinen Bebauungsplan gibt. Somit sind keine größeren Schutzkreise festgelegt. Er schlägt vor, dies persönlich anhand des Ortsplanes zu besprechen.

n) Schulwegsicherung an der Schulstraße

Herr Köhlmann-Thater fragt, ob die Gemeinde Vertragsverhandlungen mit dem DRK über den Erwerb einer Parkplatzfläche an der Grundschule Ulzburg aufgenommen hat.

Herr Herzbach berichtet, dass er heute mit dem Leiter des DRK gesprochen hat. Dieser hat Bereitschaft signalisiert wenn für das DRK keine Kosten entstehen.



o) Tankstelle Am Bahnbogen

Herr Köhlmann-Thater erkundigt sich nach einer möglichen Ansiedlung einer Tankstelle auf dem ehemaligen Gelände des Honda-Händlers Am Bahnbogen.

Herr Duda berichtet, dass der ursprüngliche Investor kein Interesse mehr an dem Grundstück hat. Die Idee wird aber weiterhin verfolgt.

p) Kreisel an der Norderstedter Straße

Herr Köhlmann-Thater berichtet, dass die Fußgänger bei der Überquerung der Zufahrten zum Kreisel durch die provisorische Einrichtung gefährdet sind. Er fragt nach einer Lösungsmöglichkeit.

Herr Herzbach sagt zu, dies zu prüfen.

q) Baulückenkataster

Nach der Anfrage in der Februarsitzung diesen Jahres beauftragt der Ausschuss erneut die Verwaltung, dass Baulückenkataster zu aktualisieren.

Herr Duda sagt dies zu. Er weist aber gleichzeitig darauf hin, dass dies einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

r) Landwirtschaftsweg

Herr Danielski erkundigt sich, ob der Landwirtschaftsweg zwischen der Gutenbergstraße und der Lindenstraße während der Baumaßnahmen im Kirchweg für den PKW-Verkehr freigegeben werden kann.

Herr Herzbach will dies prüfen lassen.

s) Wohncontainer im Heideweg

Herr Rösel berichtet, dass der Wohncontainer bis Mitte des Jahres 2009 benutzt wird. Erst hiernach kann der Container versteigert werden.

Zu Punkt der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Frau Verena Grützbach, Birkenhof 11, berichtet, dass ein Baum auf dem REWE-Parkplatz an der Schulstraße gefällt wurde. Sie fragt nach dem Grund.

Des Weiteren erkundigt sie sich, ob an der Bushaltestelle Birkenau Baumpflegemaßnahmen durchgeführt wurden. Hier sind Jungbäume gefällt worden.

Herr Herzbach sagt zu, dass sich Herr Gramckow diesbezüglich bei ihr melden wird.

Anmerkung der Verwaltung:

Aus Gründen der vorbeugenden Gefahrenabwehr wurde mit Schreiben vom 01.10.2008 die Genehmigung zur Fällung des Baumes auf dem REWE-Parkplatz von der unteren Naturschutzbehörde erteilt.

Der Lärmschutzwall zwischen der Hamburger Straße und dem Gebiet Birkenau wird zur Hälfte und zur anderen Hälfte von den jeweiligen Grundstückseigentümern gepflegt. Ein



Eigentümer hatte die Sträucher und Bäume auf seiner Seite zurückgesetzt. Dabei wurde auch eine Birke, die sich im Eigentum der Gemeinde befindet gefällt und das Strauchgut auf der Lärmschutzwandseite der Gemeinde entsorgt.

Weitere Fragen werden nicht gestellt.

Herr Ostwald schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt nach Ausschluss der Öffentlichkeit fest, dass die Nichtöffentlichkeit hergestellt worden ist. Er ruft den Tagesordnungspunkt 16 auf.

Zu Punkt 16 der Tagesordnung
„Grundstücksangelegenheiten/Gewerbeflächenentwicklung“
-nichtöffentlich-

Siehe Anlage zur Niederschrift.

Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Im Anschluss an die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt stellt Herr Ostwald die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung.
Herr Ostwald schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Horst Ostwald
(Ausschussvorsitzender)

gez. Marina Schrader
(Protokollführerin)

Gesehen:

gez. Karin Honerlah
(1. stellv. Bürgermeister)